

Bach, Hans-Uwe; Gaggermeier, Christian; Klinger, Sabine

Research Report

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung: Woher kommt die Talfahrt?

IAB-Kurzbericht, No. 26/2005

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Bach, Hans-Uwe; Gaggermeier, Christian; Klinger, Sabine (2005) : Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung: Woher kommt die Talfahrt?, IAB-Kurzbericht, No. 26/2005, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/158206>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ausgabe Nr. 26 / 28.12.2005

In aller Kürze

- Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat seit 1991 um 3,8 Mio. Personen oder 13 Prozent abgenommen, die Vollzeit-Beschäftigung sogar um 5 Mio. Personen bzw. 18 Prozent.
- Sozialversicherungspflichtige Teilzeit, geringfügige Beschäftigung und Selbstständigkeit legten hingegen zu, so dass sich die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt kaum verändert hat.
- Diese Entwicklung erhöht tendenziell die Arbeitslosigkeit und belastet die öffentlichen Haushalte.
- Die Konjunktur erklärt etwa ein Drittel der Schwankungen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt.
- Fast ein Viertel ist dem gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel geschuldet: Erstens nimmt die Bedeutung der Wirtschaftszweige mit hoher Vollzeit-Quote ab. Zweitens besteht innerhalb jedes Sektors die Tendenz zu mehr Teilzeit.
- Aber auch weitere Gründe tragen zum Rückgang bei: der Produktivitätsfortschritt, die Abgabenlast auf sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sowie die Flexibilität und Verfügbarkeit von Teilzeitkräften und geringfügig Beschäftigten. Nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird zudem von der Arbeitsmarktpolitik besonders gefördert.

Autor/in

Hans-Uwe Bach
Christian Gaggermeier
Sabine Klinger

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Woher kommt die Talfahrt?

Im Zusammenwirken von Konjunktur und Strukturwandel ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückgegangen – Dies belastet die öffentlichen Haushalte

Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen von 38,6 Millionen Menschen im Jahr 1991 auf 38,8 Millionen im Jahr 2005 leicht gestiegen ist, hat in dieser Zeit die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 13 Prozent abgenommen, von 30,0 auf 26,2 Millionen Menschen. Diese Entwicklung alarmiert Politik und Öffentlichkeit, denn sie erhöht die Arbeitslosigkeit und belastet die Haushalte der Sozialversicherungen. Teilweise bedingt die schwache Konjunktur den Abbau. Aber auch das anhaltende „Wachstumsdefizit“ und der Strukturwandel in den Beschäftigungsformen verursachen den Rückgang.

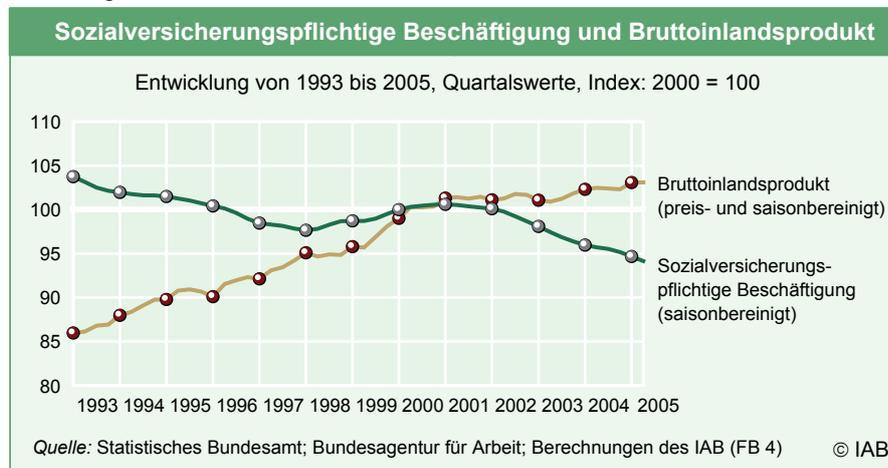
Seit dem Frühjahr 2001 verliert die deutsche Wirtschaft saisonbereinigt durchschnittlich rund 100.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze pro Quartal. Dieser Trend hält bereits seit Beginn der Neunzigerjahre an, abgesehen von einer Unterbrechung in den wachstumstarken Jahren 1998 bis 2000 (*Abbildung 1*).

Demgegenüber verlief die wirtschaftliche Entwicklung im Ganzen moderat aufwärts. Dadurch öffnete sich in den vergangenen fünf Jahren die Schere zwischen Produktions- und Beschäftigungsentwicklung zunehmend: Stagnation

oder schwaches Wirtschaftswachstum war mit einem beträchtlichen Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (SVB) verbunden. Andere Beschäftigungsformen, die teils als „prekär“ bezeichnet werden (z. B. Wertmüller 2004), legten dagegen zu.

Der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung findet politisches und öffentliches Interesse, weil auf ihr die Finanzierung des Sozialstaates ruht. Die alternde und schrumpfende Bevölkerung sowie die große Zahl von Arbeitslosen nehmen die Sozialversiche-

Abbildung 1



rungen vermehrt in Anspruch. Es besteht die Gefahr, dass dem mittelfristig keine ausreichend große Zahlergruppe mehr gegenüber steht.

Um Ansatzpunkte für mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden, müssen die Ursachen für den Abbau aufgedeckt werden. In Frage kommt zunächst die konjunkturelle Entwicklung. Da es sich bei dem beobachteten Rückgang der SVB um ein mittelfristiges Phänomen handelt, sind aber auch andere Faktoren in Betracht zu ziehen: So durchläuft die deutsche Wirtschaft nicht nur eine Phase schwachen Wachstums, sondern auch einen Strukturwandel, sowohl was die Zusammensetzung der Wertschöpfung als auch was die Beschäftigungsformen anbelangt.

Dieser Kurzbericht beleuchtet die unterschiedlichen Ansatzpunkte nacheinander. Er bedient sich dabei einer methodischen Vielfalt (vgl. **Kasten auf Seite 7**), die einerseits unterschiedlichen wissenschaftlichen Konzepten, andererseits der teils unbefriedigenden Datenlage Rechnung trägt.

Konjunktur erklärt ein Drittel der Entwicklung

Um den konjunkturellen Einfluss auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bestimmen, wird die zyklische Komponente nach einem statistischen Kriterium aus der Datenreihe des BIP isoliert. Analog kann man mit der Datenreihe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfahren und analysieren, inwieweit die beiden Zyklen einander bedingen. Die gute Übereinstimmung in **Abbildung 2** zeigt, dass die Beschäftigung um zwei Quartale verzögert auf das BIP reagiert. Dies belegen auch Schätzungen des IAB für den Zeitraum 1993 bis 2005: Danach hängt die Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu gut einem Drittel von der Konjunktur ab.

Ob diese Konjunkturabhängigkeit zu- oder abgenommen hat, haben wir anhand der kurzfristigen Elastizität der Beschäftigung auf Produktionsschwankungen untersucht. Ihr Wert von rund 0,2 gibt an, dass sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb eines Quar-

tals um 0,2 Prozent verbessert, wenn das BIP insgesamt um ein Prozent steigt. Diese Größe hat sich nicht signifikant verändert. Somit ist davon auszugehen, dass der Einfluss der Konjunktur im Wesentlichen stabil geblieben ist.

Wachstum unter der Beschäftigungsschwelle

Dass die Konjunktur aber nicht die einzige Bestimmungsgröße gewesen sein kann, zeigen – im Gegensatz zum Zyklus – die langfristigen Entwicklungstrends. Das BIP ist einem stetigen Aufwärtstrend gefolgt, während der Trend der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bis auf die Jahre 1999 und 2000 gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ständig zurückgegangen ist.

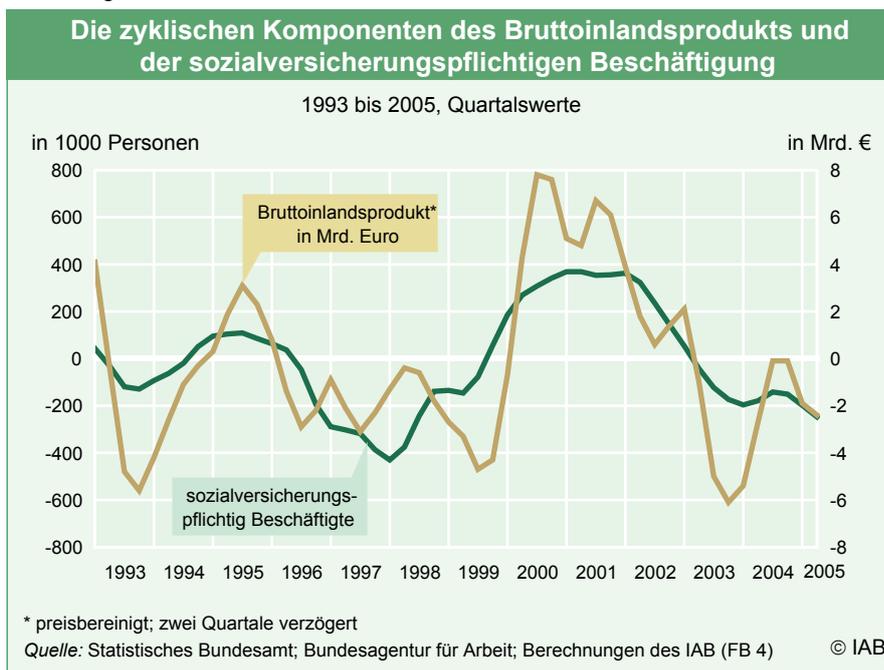
Dies könnte Ausdruck eines „Wachstumsdefizits“ sein: Nach dem Konzept der Beschäftigungsschwelle muss die Veränderungsrate der volkswirtschaftlichen Produktion einen kritischen Wert überschreiten, ab dem Unternehmen mehr Arbeit nachfragen. Dies liegt z. B. am technischen und organisatorischen Fortschritt, als dessen Ergebnis Prozesse produktiver ablaufen. Somit beeinflussen unternehmerische und politische Maßnahmen die Beschäftigungsschwelle; sie ist deshalb keine Strukturkonstante einer Volkswirtschaft. Mehr Arbeit kommt

erst zum Einsatz, wenn die Produktion um mehr als die Produktivitätserhöhung ausgedehnt wird. Neueren Forschungsergebnissen zufolge (zusammengefasst in Schirwitz 2005, siehe auch Sachverständigenrat 2005, Z. 189) wuchs die deutsche Wirtschaft aber unterhalb dieser kritischen Rate: Durchschnittlich 1,4 Prozent seit 1991 genügten nicht; die Beschäftigungsschwellen für Arbeitskräfte bzw. für das Arbeitsvolumen lagen den Schätzungen nach bei knapp unter bzw. über zwei Prozent.

Strukturwandel trägt zum Rückgang bei

Das insgesamt moderate Wachstum ist das Ergebnis sehr unterschiedlicher Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Neben diesem intersektoralen Wandel der Wirtschaftsstruktur veränderte sich in jedem einzelnen Wirtschaftszweig – intrasektoral – die Zusammensetzung des Arbeitsvolumens nach Beschäftigungsgruppen. Beide Entwicklungen gemeinsam ergeben einen gesamtwirtschaftlichen Struktureffekt zu Gunsten der sozialversicherungspflichtigen Teilzeit sowie der nicht sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit und zu Lasten der Vollzeit-Beschäftigung. In den vergangenen Jahren haben sich diese Einzeleffekte gegenseitig verstärkt, weil gerade jene Wirtschaftszweige gewach-

Abbildung 2



sen sind, in denen sich auch ein kräftiger Wandel hin zu Teilzeit, Geringfügigkeit und Selbstständigkeit vollzog.

Den Kern des Problems zeigt die Aufgliederung der SVB in Vollzeit und Teilzeit: Der Rückgang ergibt sich ausschließlich aus dem Abbau der Vollzeit-Beschäftigung um knapp 20 Prozent bzw. 5 Millionen Personen seit 1991 (vgl. **Tabelle 1**). Hingegen erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Teilzeit-Beschäftigung gegenüber 1991 um zwei Drittel auf 4,3 Millionen Menschen. Ein Stück weit kompensierte die positive Entwicklung der Teilzeit die negative Tendenz bei der Vollzeit, aber eben nicht in allen Branchen gleichermaßen.

Wandel der Wirtschaftsstruktur

Am kräftigsten stieg der Beitrag des Bereichs Finanzierung/Vermietung/Unternehmensdienstleistungen zur Bruttowertschöpfung: von 23 Prozent im Jahr 1991 auf 29 Prozent im Jahr 2004 (vgl. **Tabelle 2, Seite 4**). Dafür waren zunächst Kreditvergabe und Versicherungen, dauerhaft aber Dienstleistungen in der Datenverarbeitung maßgebend. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm zu, und zwar sowohl in Teilzeit (+350.000 Personen seit 1991) als auch in Vollzeit (+870.000 Personen) (vgl. **Tabelle 1**).

Auch im Sektor der öffentlichen und privaten Dienstleister, der kontinuierlich ca. ein Fünftel der Wertschöpfung erbringt, wuchs die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Hier übertraf die Ausdehnung des Teilzeit-Bereichs (+960.000 Personen) den Rückgang bei den Vollzeit-Stellen (-420.000 Personen). Dieses Ergebnis ist sektorspezifisch und auf das gestiegene Arbeitsvolumen der öffentlichen und privaten Dienstleister zurückzuführen.

Normalerweise entstand nur selten aus einem fortgefallenen Vollzeit-Arbeitsplatz eine stundenadäquate Zahl von traditionellen Teilzeitplätzen.¹ Denn für eine hohe Teilzeit-Intensität eignen sich nicht alle Branchen. Im teilzeitschwachen Produzierenden Gewerbe wurde der Abbau sozialversicherungspflichtiger Vollzeit um 3,5 Millionen Personen keineswegs durch Zunahmen im Teilzeit-Bereich kompensiert (ledig-

Tabelle 1

Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 1991 - 2004			
	1991	2004	Veränderung 1991 - 2004
	in 1.000		
Land- und Forstwirtschaft	657	301	- 356
Vollzeit	641	278	- 363
Teilzeit	16	23	+ 7
Produzierendes Gewerbe	10.657	7.178	- 3.479
Vollzeit	10.275	6.781	- 3.494
Teilzeit	382	397	+ 15
Baugewerbe	2.447	1.619	- 828
Vollzeit	2.395	1.559	- 836
Teilzeit	52	60	+ 8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	6.686	6.194	- 492
Vollzeit	5.851	5.060	- 791
Teilzeit	835	1.134	+ 299
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	2.973	4.190	+ 1.217
Vollzeit	2.659	3.524	+ 865
Teilzeit	314	666	+ 352
Öffentliche und private Dienstleister	6.585	7.126	+ 541
Vollzeit	5.526	5.108	- 418
Teilzeit	1.059	2.018	+ 959
SVB insgesamt	30.005	26.608	- 3.397
Vollzeit	27.347	22.310	- 5.037
Teilzeit	2.658	4.298	+ 1.640
Nachrichtlich: Erwerbstätige insgesamt	38.621	38.868	+ 247

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IAB (FB 4)

lich +15.000 Personen). Die Abnahme der Beschäftigung ist auch der nachlassenden wirtschaftlichen Bedeutung geschuldet: Das Produzierende Gewerbe (ohne Bau) büßte sechs Prozentpunkte ein und erbrachte zuletzt ein Viertel der Bruttowertschöpfung. Damit haben Produzierendes Gewerbe und Finanzierung/Vermietung/Unternehmensdienstleistungen ihre Wertschöpfungsanteile quasi getauscht. Bei den Beschäftigten brachte dieser Strukturwandel jedoch keinen Ausgleich.

Strukturwandel in den Beschäftigungsformen

Dass die Beschäftigung in Teilzeit über alle Sektoren hinweg an Bedeutung gewonnen hat, beruht auf einer Reihe von Gründen (Kohler/Spitznagel 1995, Wanger 2005, IAB-Erhebung zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot 2004, Mikrozensus 2004): Erstens kann

eine schwache Güternachfrage mit einem geringeren Arbeitsvolumen befriedigt werden, sodass die Unternehmen weniger Vollzeitkräfte benötigen. Dies hat u. a. zur Folge, dass der Anteil der Teilzeit-Beschäftigten, die lieber Vollzeit arbeiten würden, sich seit 1991 von 6 auf 17 Prozent etwa verdreifacht hat. Zweitens hält die Hälfte der Betriebe die hohe Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung für einen wichtigen Vorteil. Drittens geben 64 Prozent der Betriebe mit vier Fünfteln der Beschäftigten an, damit den individuellen Wünschen der

¹ Laut der IAB-Erhebung zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot 2004 erklären 44 % der Betriebe, dass sie Vollzeit-Arbeitsplätze nie in zwei oder mehr Teilzeit-Stellen umwandelten. 21 % tun dies zumindest manchmal (in beiden Lagern arbeiten aber die gleiche Zahl von Beschäftigten). Die Umwandlung in lediglich einen Arbeitsplatz ist verbreiteter (34 % der Unternehmen mit 59 % der Arbeitnehmer). Doch auch hier geben 30 % der Betriebe, vor allem kleine, an, dass eine solche Umwandlung nie stattfindet.

Betroffenen zu entsprechen. Vor allem Frauen fällt es dadurch leichter, Beruf und Familie zu vereinbaren. Schließlich unterstützen gesetzliche Regelungen

– das Altersteilzeitgesetz 1996 und das Teilzeitgesetz 2003 – die Entscheidung für Teilzeit hauptsächlich in großen Betrieben.

Tabelle 2

Wandel von Wirtschaftszweigstruktur und Beschäftigungsform				
	1991	1995	2000	2004
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen (%)				
Land- und Forstwirtschaft	1,4	1,3	1,3	1,1
Produzierendes Gewerbe	30,6	25,4	25,1	25,0
Baugewerbe	6,0	6,8	5,2	4,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	17,9	18,0	18,2	18,0
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	23,3	26,4	27,5	29,1
Öffentliche und private Dienstleister	20,8	22,2	22,8	22,7
Wirtschaft insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Teilzeitquoten (alle Arbeitnehmer) nach Wirtschaftszweigen (%)				
Land- und Forstwirtschaft	9,1	18,2	24,0	29,9
Produzierendes Gewerbe	7,5	8,7	11,7	13,9
Baugewerbe	5,7	6,6	10,4	15,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	21,5	26,3	33,9	38,7
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	20,5	25,0	32,2	35,3
Öffentliche und private Dienstleister	22,1	28,0	35,3	39,6
Wirtschaft insgesamt	15,7	20,3	27,2	31,6
Arbeitsvolumen* (alle Arbeitnehmer) nach Wirtschaftszweigen (%)				
Land- und Forstwirtschaft	4,6	3,6	3,1	2,8
Produzierendes Gewerbe	28,3	24,0	22,1	21,2
Baugewerbe	7,9	9,2	7,9	6,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	24,7	25,1	25,3	25,0
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	10,0	12,0	14,7	16,2
Öffentliche und private Dienstleister	24,4	26,1	26,8	28,3
Wirtschaft insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Struktur des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens (%)				
Beschäftigte Arbeitnehmer	86,8	85,5	84,7	84,1
Vollzeit	80,6	77,6	74,3	71,1
Teilzeit	5,8	7,3	9,7	11,7
Herkömmliche Teilzeit **)	.	.	6,7	7,8
Geringfügig Beschäftigte **)	.	.	3,0	3,9
Nebenjob	0,4	0,6	0,7	1,3
Selbständige und Mithelfende	13,2	14,5	15,3	15,9
Erwerbstätige insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Einschließlich Beschäftigung in Nebenerwerbstätigkeiten

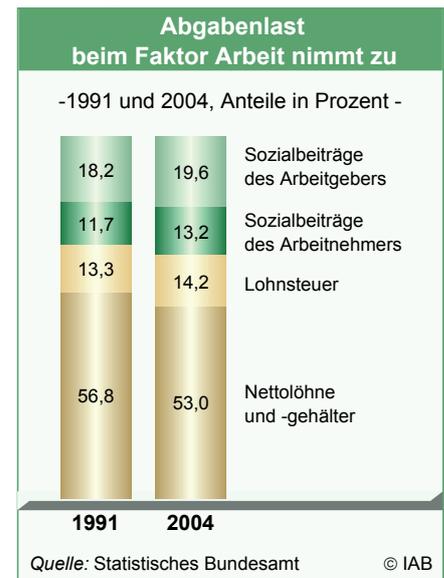
**) Schätzungen des IAB (FB 4), nur ab 1999 vorhanden

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IAB (FB 4)

Als weiteres Ergebnis des intrasektoralen Wandels wuchs aber auch die nicht sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit: Die geringfügige Beschäftigung hat sich mehr als verdoppelt, und die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen stieg um fast ein Viertel. Welche Gründe stecken dahinter?

Arbeit muss sich für beide Marktseiten lohnen – und dies auch nach den transfer- und sozialversicherungsbedingten Eingriffen durch den Staat. Mehr Abgaben belasten jedoch den Faktor Arbeit (vgl. **Abbildung 3**). 1991 verblieben 57 Prozent des Arbeitnehmerentgeltes (Nettolohn zuzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern) beim Beschäftigten, 2004 waren es vier Prozentpunkte weniger. Dagegen erhält ein geringfügig Beschäftigter

Abbildung 3



tiger seit der Neuregelung im Frühjahr 2003 nach Steuern und Sozialabgaben 80 Prozent des Arbeitnehmerentgeltes. Anders ausgedrückt: Statt der knappen Hälfte wird hier lediglich ein Fünftel an den Staat abgeführt.

In einer Zeit lahmender Binnennachfrage und hohen Konkurrenzdrucks durch die Globalisierung erhalten Kostenargumente zusätzliches Gewicht. In einer solchen Situation könnten Unternehmen auf Alternativen ausweichen, die ihnen vorteilhafter erscheinen als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Bei der Entscheidung für geringfügige

Beschäftigung steht das Kostenargument aber nicht im Vordergrund (Ehler 2005): Bürokratieabbau durch das teils vereinfachte Meldeverfahren, die flexiblen Einsatzmöglichkeiten und das große Arbeitsangebot in der Fläche sprechen für den Übergang auf diese Beschäftigungsform, etwa im Rahmen der üblichen Fluktuation.

Allerdings kommt ein solcher Wechsel nur für Branchen in Betracht, in denen die Betriebe die Arbeitszeit flexibel gestalten können und keine spezifischen Qualifikationen der Arbeitnehmer benötigen, wie z. B. in der Gastronomie oder im Handel. Die Hälfte der Mini-Jobber sind Hauptschulabsolventen und können qualifizierte Tätigkeiten nicht ohne Weiteres ersetzen (Fertig/Kluve/Scheuer 2005, S. 51-53). Zudem wurde ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung großenteils in jenen Betrieben geschaffen, in denen auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zunahm (Hartmann/Meinken 2004, S. 13 f.).

In jüngster Zeit trägt auch die Umsteuerung der aktiven Arbeitsmarktpolitik maßgeblich zum Strukturwandel bei. Immer weniger – sozialversicherungspflichtige – Arbeitsbeschaffungsmaß-

nahmen werden eingerichtet. Der Abbau von 42.000 Stellen im Jahr 2005 macht immerhin 12 Prozent des Rückgangs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aus. Berücksichtigt man obendrein das planmäßige Auslaufen anderer Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt, z. B. der Strukturanpassungsmaßnahmen, beläuft sich dieser Anteil auf insgesamt ca. ein Drittel. Dagegen gibt es im Jahresdurchschnitt 2005 rund 340.000 soziale Arbeitsgelegenheiten (ohne die sozialversicherungspflichtige Entgeltvariante), 110.000 mehr als 2004.²

Die Gruppe der Selbstständigen und mit-helfenden Familienangehörigen wächst mit einer Rate von 3,6 Prozent in 2004 und 3,7 Prozent in 2005 schneller als zuvor. 2004 sind 82 Prozent und 2005 55 Prozent dieser kräftigen Zuwächse von der BA mit Überbrückungsgeld und vor allem mit Existenzgründungszuschüssen (Ich-AG) gefördert worden. Allerdings laufen im ersten Vierteljahr 2006 die Zuschüsse für die ersten Gründer von Ich-AGs aus; ab dann muss sich der nachhaltige Erfolg dieser Förderpolitik erweisen.

² Alle Jahresdaten für 2005 sind Schätzungen der aktuellen IAB-Projektion und somit vorläufig.

Alles in allem bewirkten sehr unterschiedliche – institutionelle und ökonomische – Faktoren den Umbau der Beschäftigtenstruktur: Sozialversicherungspflichtige Vollzeit nahm zu Gunsten anderer Erwerbsformen ab, weil der Staat diese bevorzugt behandelt, weil Arbeitnehmer und Betriebe auf mehr Flexibilität setzen und weil den Beschäftigungswünschen der Arbeitnehmer teils stärker entsprochen wird. Über Veränderungen der Güternachfrage bzw. über technischen Fortschritt verstärken zurzeit auch Konjunktur und Wachstum den intrasektoralen Strukturwandel.

Strukturwandel erklärt ein Viertel der Entwicklung

Die unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen erbringen Jahr für Jahr ein Arbeitsvolumen, das die Grundlage für die Produktion ist. Infolge des Strukturwandels verändert sich aber der Beitrag einer jeden Gruppe. Um die Beschäftigungswirkung dieses Strukturwandels zu quantifizieren, werden die Anteile der einzelnen Beschäftigtengruppen am gesamten Arbeitsvolumen von Jahr zu Jahr bzw. von 1991 auf 2005 konstant gehalten. D. h., für das neue Arbeitsvolumen wird die alte Struktur unterstellt.

Tabelle 3

Wie wirken sich Veränderungen in der Arbeitsvolumenstruktur ^{a)} auf die Entwicklung der SVB ^{b)} aus?															
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ^{c)}	1991 bis 2005 ^{d)}
Vollzeit-SVB															
Struktureffekt in 1000	-274	-385	-293	-218	-285	-274	-183	-45	-101	-112	-119	-271	-460	-290	-3.208
In % der Veränderung der VZ-SVB	28	48	60	63	60	47	115	-69	-110	58	28	41	93	73	55
Teilzeit-SVB															
Struktureffekt in 1000	160	251	251	94	168	79	204	171	236	251	224	110	94	146	2.377
In % der Veränderung der TZ-SVB	71	178	123	49	155	61	111	96	87	104	139	228	171	181	107
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt															
Struktureffekt in 1000	-114	-135	-42	-124	-117	-195	21	125	135	139	105	-161	-366	-144	-831
In % der Veränderung der SVB	15	20	15	82	32	43	83	51	37	279	-41	26	83	45	23

a) Jeweils Struktur der Beschäftigungsformen des Vorjahres konstant gehalten

b) Da Arbeitsvolumina für die SVB nicht vorliegen, wurden als Näherung die beschäftigten Arbeitnehmer ohne Beamte und ohne geringfügig Beschäftigte eingesetzt. Die Differenz zu den SVB ist gering (2004: rund 200.000 oder 0,8 %).

c) Prognose des IAB (FB 4)

d) Struktur der Beschäftigungsformen von 1991 konstant gehalten

Anmerkung: In Relation zur tatsächlichen Veränderung der SVB in Teilzeit belegen Werte nahe 100 Prozent, dass der Strukturwandel fast ausschließlich für die Zunahmen verantwortlich war. Mehrmals überstieg er sogar eine ansonsten negative Entwicklung (Werte > 100 Prozent). Bei der Vollzeit-SVB kompensiert der negative Struktureffekt die Aufwärtsbewegung in den Jahren 1999 und 2000 nur zum Teil. Dort haben die Erklärungsanteile negative Vorzeichen und sind nicht interpretierbar.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IAB (FB 4)

Mittels der tatsächlichen Arbeitszeit werden daraus „fiktive“ Beschäftigtenzahlen berechnet. Die Abweichung zu den tatsächlichen Werten der SVB zeigt den Einfluss des Wandels der Beschäftigungsformen (vgl. **Tabelle 3**): Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Beschäftigten hätte im Jahr 2004 um 460.000 höher gelegen, wenn kein Strukturwandel stattgefunden hätte, d.h., wenn diese Gruppe denselben Anteil am Arbeitsvolumen erbracht hätte wie im Jahr 2003.

Seit Beginn der Neunzigerjahre beeinflusst der Strukturwandel die Vollzeit-Beschäftigung durchgängig negativ, in den einzelnen Jahren aber unterschiedlich stark. Mit Werten zwischen -45.000 und -460.000 macht er einen Rückgang um 0,2 bis 2,1 Prozent der Arbeitnehmer in dieser Gruppe aus. Auf die sozialversicherungspflichtige Teilzeit-Beschäftigung hingegen wirkt er über den gesamten Zeitraum positiv. Ihren kräftigen Zuwachs erklärt er vollständig.

Auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schlägt die ungünstige Entwicklung im Vollzeit-Sektor nicht 1:1 durch, weil sie sich aus Vollzeit- und Teilzeitkräften zusammensetzt. Positiver und negativer Struktureffekt überlagern sich. Deshalb ist die Wirkungsrichtung für die Gruppe der SVB nicht eindeutig. Unterstellt man die Anteile der Beschäftigungsgruppen aus dem Jahr 1991 für den Arbeitseinsatz 2005, so erklärt der Strukturwandel 23 Prozent des Rückgangs der SVB. In den vergangenen drei Jahren hat sich seine Bedeutung noch vergrößert.

Fazit

Der Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stellt ein ernst zu nehmendes Problem für den Arbeitsmarkt und für die Budgets der Sozialversicherungen dar. Zu etwa einem Drittel erklären konjunkturelle Schwankungen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der SVB. Ungefähr ein Viertel verursacht der Strukturwandel in den Erwerbsformen, den u. a. die sich verändernde Wirtschaftsstruktur hervorruft: Es gibt weniger sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Stellen und mehr traditionelle

Teilzeit, aber auch mehr geringfügig Beschäftigte und mehr Selbstständige. Weil die Konjunktur sowohl direkt als auch indirekt über den Strukturwandel wirkt und weil Konjunktur und Struktur unterschiedliche methodische Herangehensweisen erforderten, können die beiden Anteile nicht ohne Weiteres addiert werden. Für weitere Ursache-Wirkungs-Beziehungen, z.B. durch das „Wachstumsdefizit“, besteht noch Forschungsbedarf.

Die Rolle der Politik ist in diesem Zusammenhang mehrdeutig. Einerseits förderte sie geringfügig Beschäftigte und Selbstständige durch spezielle Erleichterungen bzw. Zuschüsse. Ihr Ziel, die Flexibilität zu erhöhen und Wege zu mehr Beschäftigung – wenn auch mitunter „atypischer“ – zu öffnen, wurde insoweit erreicht. Die Lösung für die Probleme, die sich aus dem Rückgang der SVB ergeben, liegt darin jedoch nicht. Denn oftmals betrifft die Förderung andere und kleinere Personengruppen.

Im Zusammenspiel mit der schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung hatte der Strukturwandel negative Folgen für die sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Beschäftigung. In dieser Zeit schwachen Wachstums gelang es nicht, den Faktor Arbeit insgesamt zu entlasten, etwa durch eine Verringerung der Abgaben. Zum einen standen dem die großen Ansprüche infolge der Alterung der Gesellschaft und der hohen Arbeitslosigkeit entgegen. Zum anderen muss die Finanzierung der sozialen Sicherung grundsätzlich überdacht werden, weil sie weitgehend an die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gekoppelt ist.

Deshalb genügt es weder, beim Status quo zu verharren, noch, den Rückgang umkehren zu wollen, indem alle Reformen zurückgenommen werden, die den Wandel bislang begünstigten. Die Analyse deckte eine Reihe von Ursachen auf, denen folglich nicht mit einigen wenigen Maßnahmen Erfolg versprechend begegnet werden kann. Zwar beinhaltet dieser Kurzbericht keine Wirkungsanalyse, doch die Gründe für den Rückgang der SVB liefern Ansatzpunkte für die Politik: die Verringerung der Abgabenlast, Wachstumspolitik im weitesten Sinn (z. B. durch die Umlenkung von Staats-

ausgaben in zukunftssträchtige Bereiche wie Bildung und Innovationsförderung), Flexibilisierung und Entbürokratisierung auch für „typische“ Beschäftigungsformen.

Literatur

Ehler, J. (2005): Zur Entwicklung der Mini- und Midijobs. Deutsche Rentenversicherung 60, 6-7, S. 394-412.

Fertig, M. / Kluge, J. / Scheuer, M. (2005): Was hat die Reform der Minijobs bewirkt? Erfahrungen nach einem Jahr. RWI: Schriften, Bd. 77, Berlin: Duncker & Humblot.

Hartmann, M. / Meinken, H. (2004): Mini- und Midijobs in Deutschland. Sonderbericht der Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2004, Nürnberg.

Kohler, H. / Spitznagel, E. (1995): Teilzeitarbeit in der Gesamtwirtschaft und aus der Sicht von Arbeitnehmern und Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 28, 3, S. 339-364.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2005): Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten 2005/2006.

Schirwitz, B. (2005): Wirtschaftswachstum und Beschäftigung – die Beschäftigungsschwelle. Ifo Dresden berichtet, 3, S. 34-37.

Spitznagel, E. (1977): Kurzfristige Beschäftigungsfunktionen – Empirische Ergebnisse. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1, S. 166-181.

Wanger, S. (2005): Frauen am Arbeitsmarkt: Beschäftigungsgewinne sind nur die halbe Wahrheit. IAB-Kurzbericht, 22.

Wertmüller, S. (2004): Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und Gewerkschaften. <http://www.labournet.de/diskussion/arbeitsrealpolitik/prekaer/sebastian.html>, 8.12.2005.

Methodische Anmerkungen

➤ Der HODRICK-PRESCOTT-Filter berechnet den Trend, die konjunkturbereinigte Zeitreihe, so, dass einerseits die Varianz der unbereinigten Reihe um den HP-Trend herum möglichst klein ist, dass andererseits aber der Trend möglichst glatt ist. Dieser Filter wurde auf die saisonbereinigten Zeitreihen (glatte Komponenten, gesamtdeutsche Quartalsdaten von 1992/II bis 2005/II) von BIP und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung angewandt, um die zyklischen Komponenten zu isolieren. Als Gewicht des zweiten Kriteriums wird der für Quartalsdaten übliche Wert von $\lambda = 1600$ verwendet. Der Korrelationskoeffizient der beiden Zyklen ist bei einem Nachlauf der Beschäftigung von zwei Quartalen am höchsten; er beträgt dort 0,75.

➤ Für die Regression der Vorjahresveränderungsrate der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf den um zwei Quartale verzögerten BIP-Zyklus gibt das Bestimmtheitsmaß (R^2) den durch die BIP-Variation erklärten Anteil der Beschäftigungs-Variation an. Es beträgt für den Stützbereich 36 Prozent.

➤ Die kurzfristige Produktionselastizität der Beschäftigung ist der Koeffizient des logarithmierten BIP in der geschätzten BRECHLING-Beschäftigungsfunktion

$$\ln SVB_t = -0,165 - 0,001 t + 0,882 \ln SVB_{t-1} + 0,241 \ln BIP_t + \eta_t$$

(0,284) (0,0001) (0,036) (0,028)

mit $R^2 = 0,994$. SVB und BIP sind jeweils die glatten Komponenten, t ein linearer Zeittrend und η_t eine Störvariable. In Klammern stehen die Standardfehler der Koeffizienten; sie berücksichtigen die Autokorrelation der Residuen in der Schätzung. Auf die Aufnahme weiterer Verzögerungen von Beschäftigung oder BIP wurde verzichtet, um auch für die Schätzungen auf der Basis von Teilstützräumen ausreichend Beobachtungen zur Verfügung zu haben. Weil das jedoch die Elastizität beeinflusst, ist der absolute Wert mit Vorsicht zu interpretieren. Im Zeitablauf wurde keine signifikante Veränderung festgestellt, trotz eines Strukturbruchs in einigen Parametern in 1998/III. Für die Herleitung des Modells siehe Spitznagel 1977.

➤ Zur Berechnung des Struktureffekts S allgemein:

$$S_{it} = x_{it} - x_{it}^* \quad x_{it}^* = \alpha_{i,t-1} \frac{v_t}{z_{it}} \quad \alpha_{i,t-1} = \frac{x_{i,t-1} z_{i,t-1}}{v_{t-1}}$$

mit: x_{it} = Anzahl der Erwerbstätigen in Beschäftigungsgruppe i

x_{it}^* = fiktive Anzahl der Erwerbstätigen in Beschäftigungsgruppe i

v_t = gesamtwirtschaftliches Arbeitsvolumen

z_{it} = durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der Beschäftigungsgruppe i

α_i = Anteil der Beschäftigungsgruppe i am Arbeitsvolumen

Impressum

IAB Kurzbildbericht
Nr. 26 / 28.12.2005

Redaktion
Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung
Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung
Hausdruckerei der BA

Rechte
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
D-90327 Nürnberg
telefonisch: 0911/179-3025
online: www.iab.de

IAB im Internet: <http://www.iab.de>
Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbildbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an
Dr. Sabine Klinger, Tel. 0911/179-3255
Hans-Uwe Bach, Tel. 0911/179-3120
Christian Gaggermeier, Tel. 0911/179-4741
oder e-Mail: vorname.name@iab.de

ISSN 0942-167X